

## Antwort an den Kreistag

Fulda, 09.12.2019

---

### **zu TOP V.2 der Kreistagssitzung am 09.12.2019**

#### **Angriffe auf Verwaltungsmitarbeiter, Bürgermeister und ehrenamtliche Kommunalpolitiker**

Anfrage der SPD-Fraktion, eingegangen am 15.11.2019

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

##### zu 1.:

In 2018 und 2019 hat es keinen tätlichen Angriff auf Mitarbeiter des Landkreises Fulda gegeben.

##### zu 2.:

In verschiedenen Fachdiensten kommt es zu Fällen von Beleidigungen sowie Bedrohung. Schwerpunkte bilden hierbei die Fachdienste mit Außendienstbezug wie der Bereich der Kfz-Zulassung, der Forderungsvollstreckung, der Bauaufsicht und dem Veterinärwesen. Daneben gibt es in Bereichen mit ausgeprägtem Kundenverkehr, wie dem Fachbereich Arbeit und Soziales, der Ausländerbehörde, der Waffenbehörde sowie im Bereich des Bürgerservice solche Vorfälle.

Der Landkreis Fulda verfolgt in diesem Zusammenhang eine Null-Toleranz-Strategie. Ziel ist es, dass jeder erhebliche Vorfall zur Anzeige gebracht wird, um eine strafrechtliche Ahndung zu ermöglichen. Für die Führungskräfte besteht für ihren jeweiligen Bereich die Anweisung, jeden erheblichen Fall zu melden. Von insgesamt 20 eingeleiteten Strafverfahren in den letzten fünf Jahren gab es in 15 Fällen eine teilweise erhebliche Geldstrafe und/oder eine sogenannte Gefährderansprache durch die Polizei. Im Rahmen der letzten Personalversammlung wurden durch die Verwaltungsleitung nochmals alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie alle Führungskräfte ausdrücklich zu diesem Thema sensibilisiert.

zu 3.:

Im hausinternen Fortbildungsprogramm werden für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Schulungen zum Themenkomplex Gewaltprävention angeboten. Hierzu gehören unter anderem die Fortbildungen „Gewaltprävention - Sicherheit am Arbeitsplatz“, „Kommunikation in Konfliktsituationen“, „Selbstbewusst Grenzen setzen im Gespräch“ sowie „Handeln in Konfliktsituationen“.

Darüber hinaus finden in den besonders betroffenen Fachdiensten regelmäßig inhouse-Schulungen zum Thema Gewaltprävention, Deeskalation und Eigensicherung statt.

zu 4. und 5.:

Hierzu liegen keine Erkenntnisse vor.

Schmitt  
Erster Kreisbeigeordneter